

ENVI 25.-27. Januar 2010

Spanische Ratspräsidentschaft stellt sich Debatte mit Abgeordneten im Umwelt- und Gesundheitsausschuss des Europäischen Parlaments

Am Dienstag und Mittwoch dieser Woche begrüßte der Vorsitzende Jo Leinen die spanische Gesundheitsministerin Trinidad Jimenez sowie die spanische Umweltministerin Elena Espinosa im Umwelt- und Gesundheitsausschuss des Europäischen Parlaments zu einer Aussprache über die Prioritäten der neuen spanischen Ratspräsidentschaft. Sie beginnt zu einem europapolitischen spannenden Zeitpunkt: Der Vertrag von Lissabon ist in Kraft getreten und eine neue Europäische Kommission beginnt mit der Arbeit.

Aufgrund der gescheiterten Klimaverhandlungen in Kopenhagen im Dezember 2009 sieht sich die spanische Präsidentschaft vor neue Aufgaben gestellt. Statt der Umsetzung von Verhandlungsergebnissen, muss sie sich nun darauf konzentrieren, eine neue Strategie der EU zu entwickeln, damit bis Ende 2010 ein ambitioniertes, verbindliches, internationales Klimaschutzabkommen verabschiedet werden kann.

Die Arbeit Spaniens wird zudem von der Umsetzung des europäischen Klima- und Energiepakets und dem Kampf für den Erhalt der Artenvielfalt geprägt sein. 2010 ist das Internationale Jahr der Biodiversität. In diesem Rahmen muss die EU neue Mittel und Wege finden, wie der Verlust der Artenvielfalt gestoppt werden kann.

Die Abgeordneten wiesen in der Debatte darauf hin, dass die EU wieder die Führung beim Kampf gegen den Klimawandel übernehmen muss, die sie in Kopenhagen an die deutlich weniger ambitionierten USA und China verloren hatte. Sie müsse neue Partnerschaften schließen und dabei insbesondere die Schwellenländer gewinnen sowie mit einer Stimme auf internationaler Bühne sprechen.

Es liegen eine Reihe wichtiger Gesetzgebungsvorschläge vor, von denen sich die Abgeordnete eine dynamische Fortsetzung unter spanischen Ratspräsidentschaft erwarten. Dazu gehören die Vorschläge zum Umgang mit Elektroschrott und mit gefährlichen Substanzen in elektronischen Geräten, zur europäischen Abfallpolitik oder zur mit den Industrieemissionen verbundenen Debatte über Luftreinheit.

Die spanische Gesundheitsministerin Jimenez führte aus, welche Gesundheitsthemen auf dem Arbeitsplan der spanischen Ratspräsidentschaft stehen. Spanien möchte die europäischen Gesundheitssysteme der EU stärken, eine sichere, qualitativ hochwertige Versorgung der Menschen erreichen, die Möglichkeiten grenzüberschreitender Gesundheitsdienstleistungen verbessern und dabei die Rechte der Patienten in den Mittelpunkt stellen. Vor dem Hintergrund einer alternden Bevölkerung bestehen neue Herausforderungen, die aber auch von neuen technologischen Entwicklungen, z.B. im Bereich eHealth begleitet werden und Lösungswege aufzeigen.

Im Gesundheitsbereich kann die europäische Ebene ganz konkrete Verbesserungen für alle Europäer bewirken. Vor allem bei der so genannten grenzüberschreitenden Gesundheitsvorsorge muss es gelingen, dass Patienten ohne großen bürokratischen Aufwand von guten Angeboten in den EU-Staaten profitieren können.

Untersuchungen der EU haben gezeigt, dass beispielsweise auch im Bereich der Organspenden und der Organtransplantation große Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten bestehen. So liegt die Spenderquote in Spanien bei ca. 35 Spender pro 1 Million Einwohner, während es Bulgarien nur auf eine Quote von 1 Spender pro Million Einwohner schafft. Auch bei anderen Aspekten der Organisation von Organspenden gilt Spanien als vorbildlich. Während in Deutschland Patienten bis zu 6 Jahre auf eine Lungenspende bzw. -transplantation warten müssen, sind es in Spanien ca. 4 Monate. Da besteht EU-weit großes Verbesserungspotential, viele Länder können von Spanien lernen. Vor diesem Hintergrund diskutiert der Gesundheitsausschuss des EP aktuell einen Bericht über notwendige Standards für Qualität und Sicherheit bei Organtransplantationen, die Sicherheit der Patienten und des Spenderschutzes sowie die Erleichterung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten. EU-weit gibt es einen Mangel an Spendern, der verringert werden kann, wenn es eine gut organisierte Kooperation auf EU-Ebene zwischen allen Beteiligten gibt.

Die zunehmende Zahl im Umlauf befindlicher gefälschter Medikamente ist eine weitere Priorität der Arbeit des Gesundheitsausschusses. Insbesondere bei verschreibungspflichtigen Arzneimitteln bestehen für skrupellose Fälscher enorme Profitmöglichkeiten. Deshalb müssen neue Sicherheitsmerkmale eingeführt werden, die Medikamente entlang der gesamten Lieferkette kontrollierbar und rückverfolgbar machen. Gerade der Kauf von Arzneimitteln via Internet ist mit großem Risiko verbunden. Mehr als die Hälfte der so gekauften Medikamente erweisen sich inzwischen als Fälschungen, die nicht ausreichende oder gar keine Wirkstoffe enthalten. Hier will die EU mit Zertifizierungssystemen für vertrauenswürdige Internetapotheken tätig werden. Aber auch der Patient selbst ist in der Verantwortung, gerade bei verschreibungspflichtigen Arzneimitteln Sorgfalt walten zu lassen und sie nicht aus dubiosen, anonymen Quellen zu beziehen. Es wird auch angeregt, dass die Regierungen der Mitgliedstaaten ein vollständiges Verkaufsverbot von verschreibungspflichtigen Medikamenten via Internet prüfen.